Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unsern Filialen u. Annahmestellen abgeholt 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnementsannahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 4gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.

Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.

Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 310. Donnerstag, den 10. November 1910. 104. Jahrgang.

Das Gutachten des Herrn Müller-Fulda.

Wie schon berichtet, hat es der Vorsitzende des Konservativen Vereins im 2. sächsischen Reichstagswahlkreise, Herr von Nostitz-Wallwitz, für gut befunden, in einer in Löbau abgehaltenen Versammlung gegen den seitherigen Vertreter des Wahlkreises, Dr. Weber, einen Brief des Zentrumsabgeordneten Müller-Fulda auszuspielen. Nach einem stenographischen Versammlungsbericht sind wir in der Lage, dieses merkwürdige Schreiben mitzuteilen. Es lautet:

An den Vorsitzenden des Konservativen Vereins,
Herrn v. Nostitz-Wallwitz, Löbau.

Ich lese, daß unser früherer Abgeordneter, Herr Förster, in 2. sächsischen Reichstagswahlkreis als Kandidat aufgestellt und von der liberalen Presse deshalb angegriffen wird. Ich kann aus persönlichen Erfahrungen heraus sagen, daß diese Angriffe grundlos sind. Herr Förster war ein sehr gerecht denkendes Mitglied des Reichstages, er hat bei den Beratungen des Zolltarifes in der Kommission durch seine Sachkenntnis und durch seinen Fleiß immer, und ich darf sagen, die Arbeiten jedenfalls besser geleistet als sein Nachfolger (gemeint ist Dr. Weber. Die Red.), der nur zerstörend gewirkt hat. Als alter Freund der Konservativen und Berufsgenosse glaube ich, diese Aufklärung schuldig zu sein.

Hochachtungsvoll
gez. R. Müller, M. d. R."

Eine „Aufklärung"? Wen will Herr Müller-Fulda aufklären? Wer hat ihn um eine Aufklärung ersucht? Was Herr Müller-Fulda mit seinem Urteil über die Vorzüge des Herrn Förster und die angeblich zerstörende Arbeit des Reichstagsabgeordneten Dr. Weber zum besten gibt, ist weiter nichts, als ein persönliches Urteil von sehr fraglichem Wert. Dr. Weber hat anerkanntermaßen im Reichstage und besonders bei der Finanzreform eine Tatkraft und Sachkenntnis gezeigt, die kaum überboten werden konnten. Wäre seine Arbeit auf eine zerstörende Wirkung gerichtet gewesen, wie wäre es zu erklären, daß er in jedem Stadium eine Menge Anträge streng sachlicher Natur stellte! Aber vielleicht denkt der Abgeordnete Müller-Fulda noch mit einigem Schmerz an die von seinem Fraktionsgenossen Erzberger erfundene Parfümeriesteuer, die Dr. Weber allerdings zu Fall gebracht hat.

Jedenfalls wird man sich in Sachsen über den Brief des Zentrumsabgeordneten Müller-Fulda nicht wenig wundern und Herrn v. Nostitz-Wallwitz dankbar sein, daß er mit der Verwertung des Müllerschen Gutachtens gezeigt hat, wie sehr man auch in sächsischen konservativen Kreisen gute Beziehungen zu Zentrumsabgeordneten zu pflegen versteht. Möglicherweise läßt sich der „alte Freund der Konservativen", Herr Müller-Fulda, bewegen, persönlich nach Sachsen zu kommen, um gegen die Nationalliberalen schätzbare Wahlhilfe zu leisten.

Eine politische Rede Asquiths.

Der englische Ministerpräsident hat wieder einmal eine bedeutsame Rede über die gegenwärtige englische Politik gehalten. Es ist naturgemäß, daß er bei dieser Gelegenheit zunächst die englisch-persische Situation von seinem Standpunkt aus beleuchtet. Was dabei herauskommt, darf wohl kaum überraschen. Er behauptet, Annexionsbestrebungen lägen England in bezug auf Persien vollständig fern. Die Pflicht, die englischen Handelsinteressen in Persien zu schützen und zu fördern, habe die englische Regierung veranlaßt, auf Persien einen Druck auszuüben. Die Absicht sei gewesen, Persien zu zwingen, die Handelsstraßen zu überwachen und für ihre Sicherheit zu sorgen. Die Geldmittel dazu habe England gewähren wollen. Also war die Sache harmlos. In ähnlichem Stile verbreitete sich dann Asquith über die Rüstungsfrage. Er betonte, daß die Großmächte mit den Riesenrüstungen aufhören müßten, allerdings könne das England am wenigsten, da seine Besitzungen über die ganze Erde ausgebreitet seien. Zum Schluß seiner Rede kam Asquith auf die Arbeiterunruhen in Wales zu sprechen, die er scharf verurteilte. —

London, 10. November. (Tel.) Auf einem Bankett des Lordmayors in der Guildhall hat Ministerpräsident Asquith folgendes erklärt: „Es gab einige Erregungen und Bewegungen an einigen Stellen des internationalen Horizontes, aber keine, die den Frieden unter den Großmächten zu stören drohte. Wir sind stets bereit, uns den anderen zur Erzielung der Beruhigung anzuschließen. Wir haben keine Beweggründe, abenteuerliche Pläne zu fördern, und brauchen kein Abenteuer, sondern die Beständigkeit des Friedens. Es ist eine gewisse Beunruhigung durch den sensationellen wie unbegründeten Bericht verursacht worden, daß wir uns in die inneren

Angelegenheiten Persiens

einzumischen beginnen. Die Tatsachen sind folgende: Seit einiger Zeit sind die Handelsstraßen in Südpersien im Zustande größter Unsicherheit. Die britischen Firmen forderten naturgemäß von uns, zu tun, was wir vermöchten, um dem abzuhelfen. Wir stellten daher an die persische Regierung das dringende Ersuchen, daß, wenn sie nicht imstande wäre, mit ihren eigenen Truppen die Wege zu überwachen, sie die Zustimmung erteilen sollte, daß persische Truppen unter dem Befehl von britischen Offizieren aufgestellt würden, die zu diesem Zweck von der indischen Regierung gestellt werden sollten. Für den Fall, daß ein Mangel an Geldmitteln die persische Regierung daran hindern sollte, die Ordnung wieder herzustellen, wie ich fast vermute, teilten wir der persischen Regierung mit, daß wir gern die Beschaffung von Geldmitteln auf irgendeine vernünftige Methode erleichtern würden, wenn ein Betrag dazu verwendet werden würde, die Handelsstraßen zu überwachen und die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Es ist unmöglich für ein Land, das in einen solchen Zustand von Schwäche und Verwirrung geraten ist, wie er in Persien nach Absetzung des Schahs bestand, sich selber ohne Unterstützung von außen wieder hinaufzubringen. Persien kann nicht wieder zur Stärke und Stabilität gelangen, wenn es eine Politik des Mißtrauens und der Feindseligkeit gegen seine unmittelbaren Nachbarn oder auch nur einen von ihnen verfolgt. In unseren dringenden Vorschlägen, deren Annahme wir der persischen Regierung empfohlen haben, liegt nichts, was die Unabhängigkeit und Integrität Persiens bedroht. Wenn die persische Regierung sich um den guten Willen ihrer Nachbarn bemühen will, wird sie bereitwillige Antwort erhalten. Aber wenn sie das nicht tun will, wenn ihre Haltung gleichzeitig eine aussichtslose und feindselige sein wird, muß ein Zustand der Verwirrung entstehen, der eine wirkliche Gefahr für Persien selber und für jedes Interesse an jenem Teil der Welt bilden wird. Für einen solchen Fall müssen wir uns das Recht vorbehalten, alle Maßregeln zu ergreifen, wie sie für den Schutz der britischen Interessen notwendig sind.

Aber unsere Absicht ist, jede Art von Feindseligkeit gegen die persische Regierung zu vermeiden, und die Schritte, die wir selbst bisher unternommen haben, sowie die Schritte, die zu unternehmen wir die persische Regierung dringend ersuchten, sind auf Aufrechterhaltung ihrer Autorität gerichtet gewesen." Indem Asquith sodann die

Rüstungsfrage

berührte, erklärte er, er sei vollständig überzeugt, daß die Mehrheit der Völker in den zivilisierten Ländern der Welt den Frieden wünsche und dem Kriege entschieden abgeneigt sei. Was für ein Paradoxon sei es dann, daß in fast jedem Lande die Ausgabe für die Rüstungen der häufigste Gegenstand parlamentarischer Debatten sei, zuerst in England selber, dann in Deutschland, dann in den österreichischen Delegationen. „Es wird uns oft gesagt", fuhr der Premierminister fort, „daß gerade der Umfang dieser Rüstungen eine Sicherung des Friedens ist. Aber schon die Ansammlung und Anhäufung einer solchen Masse von explosivem Material ist an sich eine Gefahr, denn die Bürde der für dasselbe nötigen Besteuerung erzeugt überall Beunruhigung, die ihren Ausdruck in inneren Ruhestörungen finden, die aber auch unter irgendeinem neuen Impuls in einem äußeren Angriff Erleichterung suchen kann. Kein einziges Land kann seine Ausgaben herabsetzen und der Mäßigung stärkerer wachsamer Nachbarn vertrauen, am wenigsten von allen wir mit unseren Besitzungen über die ganze Länge und Breite der Welt. Wir scheinen uns in einem circulus vitiosus zu befinden. Das Vorhandensein ausgedehnter Rüstungen schafft Furcht und Mißtrauen zwischen den Regierungen. Die Furcht und das Mißtrauen zwischen den Regierungen stachelt zur Ausgabe für Rüstungen an. Aber wenn die Stimmung der Völker eine friedliche ist, so sollte es sicherlich nicht unmöglich sein, daß sich eine freundlichere Atmosphäre nicht nur zwischen zwei oder drei, sondern zwischen allen großen Ländern Europas verbreitet."

Er bemerke, daß unter dem wachsenden Druck der besten öffentlichen Meinung in jedem Weltteil die gute politische Stimmung, ob sie die Form tatsächlicher Verständigung oder nicht annimmt, in nicht zu langer Zeit so allgemein umfassend unter den Großmächten sein wird, daß sie

dem verschwenderischen unheilvollen Wettbewerb zu kriegerischen Zwecken eine Grenze

setzen wird. Nachdem Asquith noch das Anwachsen, das Prosperieren des Handels und das Steigen der Lohnsätze berührt hatte, wendete er sich den Arbeiterunruhen in Wales zu. Der Ausbruch der Gewalttätigkeiten in Wales könne nicht zu scharf verurteilt werden. Der Staat würde nicht zögern, den lokalen Behörden jede Truppenmacht zur Verfügung zu stellen, die notwendig sei, um die Gesetzlosigkeit und Gewalttätigkeit zu unterdrücken.

Politische Nachrichten.

Zur Volksschulreform.

Der Nationalliberale Landesverein hat zur Vorberatung der Volksschulreform einen besonderen Ausschuß berufen. Die Mitglieder wurden von den einzelnen Vereinen gewählt. Dieser Ausschuß wird am Mittwoch, den 16. November (Bußtag) in Dresden im Gewerbehause (Ostra-Allee), vormittags 10 Uhr, zur ersten Sitzung zusammentreten. Den einleitenden Vortrag hat Landtagsabgeordneter Seminardirektor Dr. Seyfert-Zschopau übernommen.

Dementi.

Gegenüber der Mitteilung, daß Reichstagsabgeordneter Dr. Weber-Löbau aus „geschäftlichen Gründen" eine Wiederaufstellung als Kandidat abgelehnt habe, werden wir gebeten, „authentisch zu erklären, daß ein Druck seitens der agrarischen Kreise des 2. sächsischen Wahlkreises auf Herrn Dr. Weber nicht ausgeübt worden ist".

Erneute Vertagung des Moabiter Krawallprozesses.

Berlin, 10. November. Der Moabiter Krawallprozeß ist wiederum auf 12 Uhr mittags vertagt worden, da die Beschlußkammer über den gestern von der Verteidigung gestellten Antrag auf Ablehnung des Richterkollegiums in der dritten Strafkammer zu beraten hat.

Streik in der deutschen Schuhindustrie?

In Dresden befinden sich die Schuhfabrikarbeiter im Ausstand. Der Vermittlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten ist es nun trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die Differenzen zu beseitigen. Da die Fabrikanten sich mit den Dresdner Fabrikanten solidarisch erklärt haben, droht eine allgemeine Arbeitseinstellung in der gesamten deutschen Schuhindustrie.

Pirmasens, 10. November. (Priv.-Tel.) Der Verein der Schuhfabrikanten beschloß die Kündigung sämtlicher im Zentralverbande der Schuhmacher Deutschlands organisierten Arbeiter für Sonnabend. Von dieser Kündigung werden 5—6000 Arbeiter betroffen.

Die Strafprozeßkommission

führte am Mittwoch die Beratung des Abschnittes über das Verfahren gegen Jugendliche zu Ende. Der wesentlichste unter den hierzu jetzt in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse ist die Wiederaufhebung des in erster Lesung beschlossenen § 375 a, der eine verschiedene Behandlung der Jugendlichen unter 16 Jahren und der von 16 bis 18 Jahre einführte. Die Statistik hat ergeben, daß die Besserungsfähigkeit Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren erheblich größer ist als man bisher annahm; damit rechtfertigt sich die Aufhebung des Be-

Späte Gerechtigkeit.

11] Roman von Wilhelm Schwedler.

(Nachdruck verboten.)

Vor dem Eingange des fraglichen Hauses trafen alle zusammen. Es war ein hohes, schmales Gebäude, schwarz und unfreundlich, wie alle andern, keine Gardinen an den Fenstern, überhaupt kein Zeichen, an dem man erkennen konnte, daß es von Menschen bewohnt werde.

Der Polizeibeamte erhob nach kurzer Revision von außen den eisernen Klöppel und ließ ihn niederfallen.

Keine Antwort erfolgte.

Er klopfte noch einmal, zweimal, nichts regte sich. Die Schutzleute untersuchten die Fenster des Erdgeschosses mit demselben negativen Ergebnis.

Der alte Romney schüttelte den Kopf.

„Ich wußte es im voraus", sagte er trübe, „daß es eine Finte war. Gehen Sie es auf und lassen Sie uns nach Hause zurückkehren."

Aber der Polizei-Inspektor gab seine Sache nicht so leichten Kaufes verloren. Er befahl einem Schutzmann, eine Scheibe einzuschlagen und von innen zu öffnen

„Vielleicht finden wir anderes interessantes Material", bemerkte er.

Das Einschlagen der Scheibe erwies sich jedoch als überflüssig, da der Detektiv aus seiner Tasche ein ganzes Bündel Nachschlüssel hervorholte und mit kunstgerechtem Griff das alte Schloß aufbrach, worauf den Männern ein dumpfer, modriger Geruch entgegenschlug.

Es hatte allerdings den Anschein, als ob der alte Romney recht behalten solle, denn in den unteren Räumen fand sich auch nicht ein einziges Stück Möbel vor, überhaupt nichts, was auf die Anwesenheit von Menschen schließen ließ.

Die Polizeibeamten begaben sich in die oberen Räumlichkeiten, auch hier war alles ausgeräumt, aber herumliegende Papiere, die noch nicht gänzlich verstaubt waren, bewiesen, daß dort vor nicht langer Zeit menschliche Wesen gehaust haben mußten. Auch machte sich hier ein scharfer Arzneigeruch bemerkbar, der sich verstärkte, als sie die Treppe zum vierten Stockwerk betraten. Der Detektiv war der erste, der die Tür zum Dachzimmerchen aufstieß und eintrat, worauf er selbst stehen blieb und dem Inspektor winkte, leise nachzukommen.

Dicht unter dem kleinen Fenster, durch dessen schmutzige Scheiben kaum noch das Licht zu dringen vermochte, stand eine eiserne Bettstelle und auf dieser lag auf einer dünnen Matratze, von einer Wolldecke bedeckt, eine schmächtige Frauengestalt, schlafend oder ohnmächtig.

Auf einem Schemel neben dem Bett lagen einige Verbandslappen zwischen Medizinflaschen und Salbenbüchsen.

Weder der Polizei-Inspektor noch der Detektiv vermochten die durch Krankheit und Entbehrung furchtbar Entstellte zu erkennen, aber keiner der beiden Männer hegte Zweifel über die Persönlichkeit.

Einige Minuten später kniete Carlton Romney vor dem Bette seine Kindes.

Vierzehntes Kapitel.

Nächst den Eltern war es vielleicht James Bartlett selbst, dem die Wiederauffindung und Rückkehr seiner Frau wie ein wahres Evangelium klang, denn nun — dessen war er fest überzeugt — mußte die schreckliche Theorie in sich selbst zusammenfallen, daß er seine Frau auf die Seite gebracht und seinen Schwager ermordet habe, um sich möglichst rasch in den alleinigen Besitz des Romneyschen Vermögens zu setzen. Er sollte aber in dieser Hoffnung bitter enttäuscht werden, denn als seine Frau vernehmungsfähig war, lautete ihre Aussage ganz anders, als er erwartet hatte. Sie war, wie sie sagte, an jenem Abend im ersten Schrecken über das Hinstürzen des Mädchens und das Eindringen zweier Männer ohnmächtig geworden und konnte sich auf weiter nichts besinnen, als daß die beiden Eindringlinge sofort auf sie zugestürzt waren und sie in ihren Armen aufgefangen hatten. Dann war sie erst in der Kutsche aufgewacht, die in rasender Eile durch ganz London gefahren sein mußte, bis sie schließlich an das Haus kam, in dem sie nachmals aufgefunden wurde.

Sie wurde dort festgehalten und konnte trotz aller Anstrengungen nicht Mittel und Wege finden, aus ihrem Kerker zu entfliehen oder der Außenwelt über ihren Verbleib irgendwelche Nachricht zukommen zu lassen. Was ihren Aufenthaltsort anbetraf, so hatte man ihr nur gesagt, daß das Haus eine „Heilanstalt" sei, in die sie ihr eigener Mann als geistesgestört eingeliefert habe. Sie hatte sich lange gegen diesen Glauben gesträubt, aber keine Mittel gehabt, sich zu vergewissern. Später war sie von der Aufregung und der ungewohnten Lebensweise krank geworden und hatte so lange zu Bett gelegen, bis man ihr selbst die Mittel zu ihrer Befreiung in die Hand gab. Ihr Gatte, hieß es, sei im Gefängnis, und könne nicht mehr für ihre Verpflegung bezahlen, sie möge sich deshalb an ihre Eltern um Schutz und Beistand wenden.

Diese Aussage wurde in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Central Criminal Court verlesen und machte auf den Angeklagten wie auf den Gerichtshof einen niederschmetternden Eindruck.

Alle Zeugen aus den Vorverhandlungen erschienen auch vor dem Schwurgericht und bestätigten ihre früheren Aussagen. Harry Marks hatte seinerseits nichts unversucht gelassen, um Licht in die mystische Angelegenheit zu bringen. Es war ihm auch ohne große Mühe gelungen, die ehemalige Eigentümerin des Hauses ausfindig zu machen, in dem man Romneys Tochter gefunden hatte. Es war die alte Witwe eines holländischen Schiffers, die in der Spelunke ein sogenanntes Seemannsheim betrieben hatte. Sie erklärte vor Gericht, zwei Männer hätten ihr an jenem Abend die junge Frau überbracht mit der strengen Weisung, sie nie aus dem Hause zu lassen, da sie an Wahnvorstellungen litte und gefährlich geisteskrank sei. Einer dieser Männer habe ihr auch eine kleine Geldsumme zur Bestreitung der ersten Ausgaben ausgehändigt und war dann wöchentlich zweimal erschienen, um sich von der Anwesenheit der Patientin zu überzeugen und die Kosten für ihren Unterhalt zu bezahlen. Als sie infolge Mangels an Zuspruch ihre Herberge aufgeben mußte, habe sie dies dem Manne erklärt, und dieser habe infolgedessen — und gleichzeitig deshalb, weil Mr Bartlett verhaftet worden sei — angeordnet, daß an die Eltern der jungen Frau geschrieben werden solle, zumal diese inzwischen auch körperlich schwer erkrankt war. Der Rest sei dem Gerichtshofe bekannt.

Mehr war aus der Zeugin nicht herauszubringen, obwohl nicht nur der Verteidiger Bartletts, sondern auch der öffentliche Ankläger sich redlich bemühten, die Wahrheit ans Licht zu bringen, da man sich nur schwer zu der Annahme bekehren konnte, daß der Angeklagte seine junge Frau am Hochzeitstage, ohne daß ein Testament existiert hätte, auf die Seite bringen wollte. Dieses Glied paßte selbst dem Ankläger nicht ganz genau in die sonst so feste Kette des Indizienbeweises. Die Zeugin war aber unerschütterlich in ihren Angaben, und der Mann, der von ihr das Haus mit dem Grundstück gekauft hatte, konnte gar nichts aussagen, da er sein Besitztum noch gar nicht gesehen, sondern durch seinen Agenten auf Spekulation gekauft hatte.

James Bartlett kämpfte wie ein Verzweifelter um sein Leben, aber er mußte mit Schrecken sehen, daß sich die Maschen des verderbenbringenden Netzes immer dichter und fester um sein Haupt zusammenzogen. Als er von dem Richter gefragt wurde, ob er für sich selbst als Zeuge auftreten wolle, was das englische Gesetz dem Angeklagten freistellt, ging er in die Zeugenbank, aber sein Zeugnis hatte wenig Wert für ihn selbst, soweit der tatsächliche Inhalt in Frage kam. Noch einmal nagelte der öffentliche Ankläger alle die längst bekannten Tatsachen fest, die vor Wochen so gegen ihn gesprochen hatten, daß seine nächsten Verwandten an ihm verzweifelten, daß die Familie Romney sich gänzlich von ihm lossagte. Er mußte zugeben, daß Jane Dixon seine ehemalige, von ihm ohne Grund verlassene Geliebte war, daß er ihr das Eheversprechen gebrochen, daß er in steter Sorge vor ihr gelebt habe, und daß er, als er geglaubt hatte, ihr Gesicht am Fenster zu sehen, die Waffe gegen sie erhoben. Jede einzelne Frage des öffentlichen Anklägers traf James Bartlett wie ein Peitschenhieb.

„Ich sehe", rief er aus, „daß sich alles gegen mich wendet, daß ich ein verlorener Mann bin. Aber wenn dieses Verhängnis, das unausweichlich auf mich zukommt, mich zerschmettert haben wird, wenn die Pforten des Todes sich hinter mir geschlossen haben, dann, dann erst wird die Rachsucht dieses Weibes gesättigt sein, das heute triumphierend mir gegenübersteht, wie in jener schrecklichen Nacht, da mein unglücklicher Schwager sein Leben lassen mußte. Und dann wird einst auch die Welt erfahren, daß weibliche Schlauheit und Falschheit die Folgen unseliger Taten auf ein unschuldiges Haupt abzulenken wußten. — Ich bin fertig mit meiner Aussage."

Einen Augenblick schien es, als ob die Stimmung im Publikum und bei den Geschworenen zugunsten des Angeklagten umschlagen wolle, denn während tiefes Schweigen im Saale herrschte, sah alles nach der Zeugin Jane Dixon hinüber, die die Blicke aushielt, ohne mit der Wimper zu zucken.

SLUB
Wir führen Wissen.